

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004821/2025
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Stephen Nikola Bartulica (ECR), Milan Mazurek (ESN), Claudiu-Richard Târziu (ECR), Șerban Dimitrie Sturdza (ECR), Ondřej Knotek (PfE), Adrian-George Axinia (ECR), Milan Uhrík (ESN), Nora Junco García (ECR), Diego Solier (ECR), Petra Steger (PfE), Marc Jongen (ESN), Daniel Obajtek (ECR), Jadwiga Wiśniewska (ECR), Nicolas Bay (ECR), Alexandre Varaut (PfE), Marlena Malag (ECR), Roman Haider (PfE), Dominik Tarczyński (ECR), Marion Maréchal (ECR), Gheorghe Piperea (ECR), Irmhild Boßdorf (ESN), Laurence Trochu (ECR), Bert-Jan Ruissen (ECR), Branko Grims (PPE), Antonín Staněk (PfE), Waldemar Tomaszewski (ECR), Ivaylo Valchev (ECR)

Betrifft: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ+-Personen 2026-2030

Die Kommission hat kürzlich ihre neue Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ+-Personen für den Zeitraum 2026-2030 vorgelegt. Die Kommission behauptet zwar, dass diese Strategie auf den Ergebnissen der Strategie 2020-2025 aufbaut, doch scheint sie die Einflussnahme der EU in Bereichen, für die in erster Linie die Mitgliedstaaten zuständig sind, darunter Bildung, Gesundheit und Familienrecht, zunehmend auszuweiten.

Dies wirft berechtigterweise Bedenken hinsichtlich Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit auf sowie bezüglich der Verwendung von EU-Mitteln für Initiativen, die möglicherweise nicht den unterschiedlichen gesellschaftlichen und verfassungsrechtlichen Traditionen in der EU Rechnung tragen.

1. Welche Gründe sprechen nach Ansicht der Kommission für ein Tätigwerden in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Familienrechte, obschon in den Verträgen klar geregelt ist, dass primär die Mitgliedstaaten dafür zuständig sind?
2. Wie wurden die gesellschaftlichen, finanziellen und praktischen Auswirkungen der Strategie 2020-2025 bewertet, und wie soll durch die neuen Initiativen die Wahrung von nationalen verfassungsrechtlichen Traditionen, Elternrechten, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sichergestellt werden?
3. Fortwährend wird über anderweitige Diskriminierung, z. B. aus Gründen der Religion, der Behinderung oder des Alters, berichtet. Warum legt die Kommission den Schwerpunkt auf zusätzliche identitätsbasierte Regelungen, anstatt sich auf einen gemeinsamen und harmonischen Ansatz zur Bekämpfung von Diskriminierung für alle Bürgerinnen und Bürger der EU zu konzentrieren?

Unterstützer¹

Eingang: 4.12.2025

¹ Diese Anfrage wird von Mitgliedern unterstützt, die nicht mit den Verfassern bzw. Verfasserinnen identisch sind: Paolo Inselvini (ECR), Mathilde Androuët (PfE).